

ANSELM DOERING-MANTEUFFEL

## DEUTSCHE ZEITGESCHICHTE NACH 1945

### Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit

Die zweite Republik ist in die dritte übergegangen. Die an Brüchen wahrlich nicht arme deutsche Geschichte hat einen weiteren tiefreichenden Einschnitt zu verzeichnen. Nicht nur die Notwendigkeit zur Verschmelzung zweier unterschiedlicher Gesellschaften, sondern auch die Beendigung des Zwangs und der Chance zu reiner Westintegration bilden die Herausforderungen an Deutschland in den neunziger Jahren. Sie werden verstärkt durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in allen Ländern, die bis gestern den gegnerischen Lagern im Ost-West-Konflikt angehörten. Die Ordnung der Nachkriegszeit, die den Antagonismus konkurrierender Systeme als festes Fundament hatte, besteht nicht mehr. In Deutschland war der Ost-West-Konflikt nie allein ein Problem der äußeren Sicherheit, sondern immer auch eines der inneren politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Deshalb bedeutet sein Ende hierzulande eine existenzielle Herausforderung an Staat und Gesellschaft. Auf die Fragestellungen der Zeitgeschichtsforschung wird das unmittelbar einwirken, und angesichts dieser Perspektive erscheint es sinnvoll und notwendig, die Trends und Probleme der bisherigen westdeutschen Forschung zur Nachkriegsgeschichte zu resümieren.

Es kommt hinzu, daß im Frühjahr 1992 der Tod des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, bereits ein Vierteljahrhundert zurückliegt. Erst beim Blick auf jenen 19. April 1967 tritt deutlich genug ins Bewußtsein, wie tief diese Zeit inzwischen in die Vergangenheit eingetaucht ist. Adenauers Todesjahr hat als Datum der jüngeren Zeitgeschichte zudem längst Symbolbedeutung gewonnen. Denn kaum war der Staatsakt in Bonn und Köln mit Würde und Ernst absolviert, stand in Berlin der Besuch des Schahs von Persien an. Am 2. Juni 1967, dem Tag der großen Demonstration in Berlin und des gewaltsamen Todes des Studenten Benno Ohnesorg, begann „1968“. Die Studentenbewegung wurde zum Katalysator des konfliktreichen politisch-sozialen Emanzipationsprozesses in der Gesellschaft der Bundesrepublik, der die frühen siebziger Jahre bestimmte. 1967/68 markiert das Ende der „Nachkriegszeit“ im engeren, bis 1989 üblichen Sinn sowie einen ersten Höhepunkt in dem transnationalen Prozeß des „Wertewandels“ der westlichen Industriegesellschaften.

Vor dem Hintergrund dieses Symboldatums für einen Epochenwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik soll im vorliegenden Beitrag die zeithistorische Forschung über die Phase von 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre skizziert werden. Die Absicht besteht nicht darin, einen detaillierten Forschungsbericht zu geben, denn das

würde ein Buch erforderlich machen<sup>1</sup>. Sie geht vielmehr dahin, die Entwicklungslinien in der Formulierung von Fragestellungen und Interpretationen zu zeigen und vor allem die methodischen Veränderungen in diesem Teilfach der Geschichtswissenschaft anschaulich zu machen. Gezielte Hinweise auf einzelne Forschungsarbeiten dienen in erster Linie diesem Zweck. Der einleitende Abschnitt enthält einen kursorischen Rückblick auf die Forschungstrends von den fünfziger bis zum Ende der siebziger Jahre (I). Den Schwerpunkt bildet die Übersicht über Fragestellungen und Untersuchungsgegenstände während der achtziger Jahre (II). Sie wird ergänzt durch einige Bemerkungen über den Wandel von Interpretationsstereotypen in der Nachkriegszeit (III). Abschließende Überlegungen gelten den Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach dem Ende der Nachkriegsordnung von 1989/90 (IV).

### I.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist von den zünftigen Neuzeithistorikern mindestens bis zum Ende der siebziger Jahre gar nicht als vordringliches Forschungsfeld betrachtet worden. Das hatte seinen Grund zunächst in der Tatsache, daß die Geschichtswissenschaft Distanz zu ihrem Gegenstand braucht und zumeist erst nach Ablauf der Lebensspanne einer Generation die nötige produktive Neugier für die Hinwendung zur jüngsten Vergangenheit entwickelt. Eine weitere, komplexe Ursache dürfte sodann darin zu sehen sein, daß nach 1945 der politisch-ideelle Bezugsrahmen nicht mehr bestand, innerhalb dessen sich in Deutschland geschichtswissenschaftliches Fragen und Forschen zu entfalten gewohnt war. Die Reichsnation war zerteilt, die Tradition des kleindeutschen Nationalstaats preußischer Prägung erlosch. Diesem Verlust und der Frage nach den Gründen galt das vordringliche Interesse der Historiker in der Bundesrepublik. Es überrascht daher nicht, daß in den fünfziger und sechziger Jahren zwar das Problem der deutschen Teilung und die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zum Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Arbeit gemacht wurden<sup>2</sup>, nicht aber die Entstehungsbedingungen der Bundesrepublik und der DDR sowie die politisch-gesell-

<sup>1</sup> Zum Forschungsstand, wie er sich am Beginn der achtziger Jahre darstellte, vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963*, Darmstadt<sup>2</sup> 1988; bis 1987 reicht die umfassende Darstellung von Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München<sup>2</sup> 1990.

<sup>2</sup> Vgl. etwa den Band, der eine Vortragsreihe von Mitgliedern des Friedrich-Meinecke-Instituts der FU Berlin aus dem Jahr 1958/59 enthält: *Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Geschichte*, hrsg. von Carl Hinrichs/Wilhelm Berges, Stuttgart o. J.; Werner Conze, *Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte*, Göttingen 1963; *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bonn 1954–1961*. Diese Dokumentation wurde vom Vertriebenenministerium herausgegeben, die Bearbeitung leitete Theodor Schieder in Verbindung u. a. mit Peter Rassow, Hans Rothfels und Werner Conze. Die Einleitungen zu den einzelnen Bänden verfaßten u. a. Martin Broszat und Hans-Ulrich Wehler; vgl. auch: *Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben*, hrsg. von Eugen Lemberg/Friedrich Edding, 3 Bde., Kiel 1959.

schaftlichen Entwicklungen hüben und drüben<sup>3</sup>. Thilo Vogelsangs Buch über „das geteilte Deutschland“ von 1966 bildete eine Ausnahme und stammte bezeichnenderweise von einem Autor, der nicht in die Zirkel der Historikerverunft einbezogen, sondern Leiter der Bibliothek des Münchener Instituts für Zeitgeschichte war<sup>4</sup>. Als „Zeitgeschichte“ galt den Historikern in jenen Jahren die Epoche von 1918 bis 1945. Das heißt, die „Zeitgeschichte“ war noch ein integrierender Bestandteil der Geschichte des Deutschen Reichs, welche insgesamt die Forschungsenergien der Neuzeithistoriker auf sich zog.

Die Fundamente der westdeutschen Historiographie zur Vorgeschichte der beiden deutschen Teilstaaten und dann zur Frühgeschichte vornehmlich der Bundesrepublik wurden von Politikwissenschaftlern gelegt. Die grundlegenden ersten Werke entstanden mithin außerhalb der Historikerverunft, wenn auch nicht völlig abseits der gewohnten methodischen Pfade einer Geschichtsschreibung, die primär politisch orientiert und auf das Handeln von staatlichen Instanzen und Führungspersonlichkeiten ausgerichtet war. Aber der politische Grundtatbestand der Einbeziehung Westdeutschlands in die Verflechtungen des westlichen Bündnissystems wurde hier zur Basis der wissenschaftlichen Reflexion<sup>5</sup>. Die Fragestellung der frühen Studien galt einerseits dem Ort des westdeutschen Provisoriums im bipolaren Staatensystem<sup>6</sup> und andererseits den verfassungsrechtlichen Grundlagen und der politischen Ordnung des neuen Staats<sup>7</sup>.

Die außenpolitischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik ließen sich gar nicht adäquat bestimmen, wenn man in den Kategorien des autonom handelnden nationalen Machtstaats dachte, wie er von 1871 bis 1945 existiert hatte. Hier war vielmehr die systematische Untersuchung eines neuartigen multilateralen Verbunds gefordert, in dem die USA die politisch-ökonomischen Strukturen vorgezeichnet hatten, die Handlungsabläufe dominierten und die ideologische Orientierung maßgeblich beeinflussten.

<sup>3</sup> Der von Karl Dietrich Erdmann verfaßte Band IV/2 von Gebhardts „Handbuch der deutschen Geschichte“, der ein abschließendes Kapitel über das „Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ enthielt, erschien 1976 in Stuttgart – nachdem die Ostverträge die deutsche Teilung politisch anerkannt hatten.

<sup>4</sup> Thilo Vogelsang, *Das geteilte Deutschland*, München 1966.

<sup>5</sup> Die in dieser Hinsicht prägenden Professoren der Politischen Wissenschaft waren Ernst Fraenkel, Arnold Bergsträsser, Theodor Eschenburg und Dolf Sternberger.

<sup>6</sup> In der Reihenfolge des Erscheinens: Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949*, Neuwied 1966; Gerhard Wettig, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa*, München 1967; Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München/Wien 1969; Klaus von Schubert, *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952*, Stuttgart 1970; Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970.

<sup>7</sup> Vgl. Rupert Breiting, *Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise*, Meisenheim a. G. 1955; Heinz Josef Varain, *Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945–1958*, Köln/Opladen 1964; Thomas Ellwein, *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen<sup>2</sup> 1965.

Ebenso konnte die Frage nach den Wurzeln der Demokratie in Deutschland<sup>8</sup> und nach dem Gefüge der politischen Willensbildung – der Organisation des Parteien- und Verbändewesens – nicht allein vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte untersucht, sondern sie mußte stets auch im Hinblick auf politische Vorbilder im westlichen Ausland formuliert werden.

Wenn man sagen wollte, daß sich die „Zeitgeschichte nach 1945“ wegen dieser sachlich notwendigen, anderen Perspektive von der Neuzeithistorie des 19. und 20. Jahrhunderts unter Einschluß der „eigentlichen“ Zeitgeschichte abge sondert habe, wäre das falsch. Beide Bereiche entwickelten sich vielmehr nebeneinander her, ohne viel gegenseitigen Austausch in sachlicher, thematischer oder methodologischer Hinsicht zu pflegen. Das galt insbesondere für die etwa zehnjährige Zeitspanne zwischen 1965 und 1975, als die „Zeitgeschichte nach 1945“ ihre Konturen auszubilden begann. Deshalb wirkten sich die soziokulturellen Veränderungen in der Bundesrepublik der sechziger und frühen siebziger Jahre recht unterschiedlich auf die beiden geschichtswissenschaftlichen Teildisziplinen aus.

In der „Neueren Geschichte“ wurde die „Fischer-Kontroverse“ über Deutschlands Schuldanteil am Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die die sechziger Jahre durchzog, zum Katalysator einschneidender Veränderungen<sup>9</sup>. Verstärkt durch einen Generationenwechsel auf zahlreichen neuhistorischen Lehrstühlen trug sie maßgeblich dazu bei, daß in ihrem Verlauf historistische Denkmuster allmählich abgelöst<sup>10</sup> und die traditionelle Fixierung auf das Walten des Individuums oder auf „politisches und administratives Führungshandeln“<sup>11</sup> relativiert wurden durch die Hineinnahme sozial- und strukturgeschichtlicher Forschungsansätze in die Arbeit des Fachs<sup>12</sup>. Das zeittypische

<sup>8</sup> Die Historiker konzentrierten sich 1948 anläßlich der Zentenarfeier der Revolution und des Paulskirchen-Parlaments auf den Fehlschlag des Liberalismus und die Unmöglichkeit der Reichsgründung nach den Vorstellungen der Nationalversammlung; das Dilemma des deutschen Nationalstaats bewegte dabei die Gemüter oftmals mehr als das Dilemma der Demokratie in Deutschland. Vgl. die Textsammlung: *Die Deutsche Revolution von 1848/49*, hrsg. von Dieter Langewiesche, Darmstadt 1983.

<sup>9</sup> Arnold Sywottek, *Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik*, in: Imanuel Geiss/Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973, S. 19–47.

<sup>10</sup> Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus*, Düsseldorf 1971.

<sup>11</sup> Lutz Niechammer, *Stufen der historischen Selbsterforschung der Bundesrepublik Deutschland. Ein Forschungssessay*, in: *Zugänge zur deutschen Nachkriegsgeschichte*, Tübingen 1986 (*Deutsche Geschichte nach 1945. Teil 1: Nachkriegsjahre und Bundesrepublik Deutschland*).

<sup>12</sup> Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik*, in: *GG 7* (1981), S. 149–188. Der Zusammenhang zwischen den Veränderungen in der Geschichtswissenschaft und dem gesellschaftlichen Wandel in den sechziger Jahren ist noch nicht näher untersucht worden. Es handelt sich jedoch um kein isoliertes Phänomen, wie ein Blick auf die Germanistik beweist, und die Veränderungen haben zwar eine spezifisch deutsche Dimension, zeigen sich jedoch zugleich als Bestandteil eines gesamtwestlichen Wandlungsprozesses. Vgl. Karl Otto Conrady, *Miterlebte Germanistik. Ein Rückblick auf die Zeit vor und nach dem Münchner Germanistentag von 1966*, in: *Diskussion Deutsch 17* (1988), S. 126–143; *Die sog. Geisteswissenschaften: Innenansichten*, hrsg. v. Wolfgang Prinz/Peter Weingart, Frankfurt a. M. 1990.

Bedürfnis nach Erweiterung des geschichtswissenschaftlichen Methodenspektrums äußerte sich zudem in vielfältigen Diskussionen über die Theorie der Geschichte<sup>13</sup>, die aus der Rückschau deutlich werden lassen, wie scharf der bis dahin herrschende Mangel an Theorie empfunden wurde<sup>14</sup>.

Auf die „Zeitgeschichte nach 1945“ wirkte das zunächst gar nicht weiter ein. Die Autoren der frühen Werke insbesondere zu außenpolitischen Themen standen infolge ihrer Konzentration auf die Nachkriegszeit der Geschichte des Deutschen Reichs indifferent gegenüber<sup>15</sup>. Auch als Politikwissenschaftler brauchten sie sich, obwohl sie historische Fragestellungen behandelten, von der „Fischer-Kontroverse“ nicht berührt zu fühlen. Deshalb verhielten sie sich distanziert gegenüber den daraus resultierenden Sach- und Theoriendebatten. Gleichwohl erwiesen sie sich in ihren Arbeiten doch stark geprägt vom geistigen Klima des Wissenschaftsbetriebs der späten fünfziger Jahre, in denen sie ihr Studium absolviert hatten. Methodischer Konservatismus war allenthalben spürbar<sup>16</sup>, und die Fixierung auf die „Große Politik“ reflektierte nicht nur die hohe Bedeutung des internationalen Geschehens für die Reorganisation Deutschlands, sondern auch den großen Einfluß, den die Tradition des Historismus im Geistesleben der Bundesrepublik noch besaß<sup>17</sup>.

Indensiebziger Jahren wurde die empirische Erforschung der Sozialgeschichte des Kaiserreichs und sukzessive auch der Zwischenkriegszeit intensiviert. Die politikgeschichtliche Interpretation des Zeitalters der Nationalstaaten wurde um die sozialgeschichtliche Interpretation des Zeitalters der Industriegesellschaften erweitert, die Modernisierungstheorie bestimmte das erkenntnisleitende Interesse<sup>18</sup>. Das stand in direktem Zusammenhang mit dem technikorientierten, rundum optimistischen Fortschrittsglauben, der von der Möglichkeit einer rationalen Beherrschung des Lebens und der Lebenswelt überzeugt war und sein klassisches Symbol in der Mondlandung des Sommers 1969 erhielt<sup>19</sup>.

<sup>13</sup> Als wissenschaftliche Studien wie als Dokumente des Zeitgeists der späten sechziger Jahre gleichermaßen reizvoll: Karl Georg Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft*, München 1971; Dieter Groh, *Kritische Geschichtswissenschaft in emanzipatorischer Absicht*, Stuttgart 1973.

<sup>14</sup> Die anhaltende Bedeutung und Wirkung der Diskussionen repräsentiert die Reihe „Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik“, hrsg. von Reinhart Koselleck/Wolfgang J. Mommsen/Jörn Rüsen (bisher 6 Bde.), München 1977–1990.

<sup>15</sup> Vgl. die in Anm. 6 genannten Titel.

<sup>16</sup> Das trifft noch am wenigsten auf die Arbeiten von Schwarz und Baring zu, deren systematische Konzeption den Einfluß der amerikanischen „political science“ auf die Politologie in der Bundesrepublik andeutet, während die Durchführung der einzelnen Abschnitte das Vorbild der deutschen Geschichtsschreibung erkennen läßt.

<sup>17</sup> Derjenige Zweig der Politikwissenschaft, der sich mit politischen Systemen sowie Parteien- und Verbandsforschung befaßte, war allerdings in stärkerem Maße vom amerikanischen Vorbild gekennzeichnet. Zu diesem Einfluß auf die Politik- und Sozialwissenschaften im Nachkriegsdeutschland vgl. Bernhard Plé, *Wissenschaft und säkulare Mission. „Amerikanische Sozialwissenschaft“ im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990.

<sup>18</sup> Vgl. Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Köln/Berlin 1969; Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975.

<sup>19</sup> Vgl. das skeptisch gestimmte Porträt von Karl Dietrich Bracher, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der*



Die frühen Siebziger waren jedoch auch die Jahre der Entspannungspolitik, und das damit verbundene politisch-intellektuelle Klima<sup>20</sup> beherrschte die Entwicklung in der Zeitgeschichtsforschung. Hier überdeckte eine zunehmende Ideologisierung einzelner Schlüsselbegriffe und -interpretationen die Tatsache, daß es vorerst nicht zu einer Ausweitung des Methodenspektrums noch zu irgendwelchen wissenschaftsrelevanten Theoriediskussionen kam. Die frühen Deutungen der Besatzungsjahre und der Demokratiegründung waren von einer prowestlichen, insbesondere proamerikanischen Sicht bestimmt gewesen, die vom amerikanischen Einfluß auf die Politik- und Sozialwissenschaften noch verstärkt worden war<sup>21</sup>. Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verliefen die zunehmende Verstrickung der USA in Vietnam und die beginnende Entspannungspolitik parallel; das bewirkte in den Vereinigten Staaten eine Revision der bisherigen, schroff antisowjetischen Interpretationen des Kalten Krieges<sup>22</sup> und hier in Westdeutschland zum einen die Diskreditierung des politischen Vorbilds der Nachkriegszeit und zum andern die Enttabuisierung der Welt des ideologischen Gegners im Osten. Östliche Interpretationen der Nachkriegsgeschichte, die den Grund für die Teilung Europas in der imperialistischen Politik der kapitalistischen USA und der Mitwirkung der bürgerlichen Parteien Westdeutschlands bei der Verhinderung gesellschaftspolitischer Veränderungen sahen<sup>23</sup>, wurden verstärkt rezipiert. Im Sinne der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft beanspruchten sie, die Entwicklung aus den sozioökonomischen Bedingungen zu erklären. Obendrein bildeten sie die Antithese zum soeben erst etablierten und „systemkonformen“ westdeutschen Geschichtsbild der Nachkriegszeit. Damit entsprachen sie, äußerlich betrachtet, durchaus dem Trend in Wissenschaft und Gesellschaft, der in Abkehr von der konservativen Grundstimmung der fünfziger Jahre nach kritischer Neuorientierung verlangte.

Die gesellschaftspolitische und ökonomische Ausrichtung der marxistischen Wissenschaft diente nun dazu, auch in der „Zeitgeschichte nach 1945“ den Anschein einer verstärkten Hinwendung zu strukturgeschichtlichen Fragestellungen zu erwecken. Obendrein konnte das Angebot an marxistischer Theorie das auch hier verbreitete Bedürfnis nach Theoriediskussion anfänglich und teilweise befriedigen, aber vor allem schränkte es den Einfluß der westlich geprägten, sozialwissenschaftlich orientierten „Kritischen

siebziger Jahre, in: Ders./Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 283–406.

<sup>20</sup> Der jüngste Versuch zur Strukturierung und Interpretation stammt von Jeffrey Herf, Demokratie auf dem Prüfstand. Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungsdebatte in Westdeutschland, in: VfZ 40 (1992), S. 1–28.

<sup>21</sup> Charakteristisch hierfür waren Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, und Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.

<sup>22</sup> Eine knappe Skizze bietet Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980, S. 9–21.

<sup>23</sup> Bekanntestes Beispiel aus der Feder von DDR-Historikern: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975. Das Buch kombiniert und ergänzt Einzelpublikationen der beiden Verfasser, die 1965 und 1966 erschienen waren.

Theorie“ der Frankfurter Schule stark ein<sup>24</sup>. Über Ansätze führte dies alles indes nicht hinaus, weil zeitweilig das Bestreben überhandnahm, Teilelemente des Geschichtsbildes der DDR in der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen, mithin Ideologie zu transferieren, anstatt das Methodenspektrum aufzufächern und neue Fragestellungen zu formulieren. Die ermüdenden Debatten über die These von der „Restauration“ in Westdeutschland sind hierfür das bekannteste<sup>25</sup>, aber nicht das einzige Beispiel<sup>26</sup>. Dieser Einfluß wirkte lähmend. Denn die zeithistorischen Interpretationen aus der DDR waren methodisch höchst konventionell. Sie boten nichts anderes als eine auf Staat und Autoritäten fixierte politische Ereignisgeschichte, drapiert und systemkritisch aufpoliert mit Argumentationssträngen aus der Parteidoktrin. Sozialgeschichtliche Untersuchungen und Strukturanalysen waren mit diesem Instrumentarium nicht möglich, obwohl eben das vorgespiegelt wurde<sup>27</sup>. Die „Restaurationsthese“ blieb bis zum Ende der siebziger Jahre in der Diskussion, auch wenn sie schon frühzeitig von einem jüngeren westdeutschen, prononciert „linken“ Zeithistoriker als undifferenziert, eng und oberflächlich kritisiert worden war<sup>28</sup>. In der Tat versperrte diese These aufgrund ihrer suggestiven Einfachheit jedem subtileren Gedankengang und zumal jedem nuancierten theoretischen Konzept erst einmal den Weg. Sie wirkte denkhemmend und nicht anregend. Als die empirische archivalische Forschung zu Themen der Nachkriegszeit am Ende der siebziger Jahre verstärkt einsetzte, verblaßte die „Restaurationsthese“ denn auch recht schnell.

Solange die detaillierte Archivforschung noch nicht möglich war, bot sich die ideen- und ideologiegeschichtliche Interpretation der Epoche des Kalten Krieges, des Weltkonflikts der Supermächte und seiner Bedeutung für Deutschland geradezu an. Gegen die DDR-nahe Ideologisierung zeitgeschichtlicher Sichtweisen richtete sich 1974 Ernst Noltes weit ausholendes Werk „Deutschland und der Kalte Krieg“<sup>29</sup>, welches die Wurzeln des Kalten Krieges aus der Geschichte des europäischen „Liberalen Systems“ zu bestimmen suchte sowie die Ähnlichkeiten und Unterschiede im ideologischen Selbstverständnis der USA und der UdSSR herausarbeitete<sup>30</sup>. Seine aktuelle Be-

<sup>24</sup> Vgl. Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung, München 1988, S. 676–705.

<sup>25</sup> Dazu ausführlicher: Doering-Manteuffel, Bundesrepublik, S. 7–14.

<sup>26</sup> Vgl. dazu den Band des Pahl-Rugenstein Verlags: Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Ulrich Albrecht/Frank Deppe/Jörg Huffschild, Köln 1979.

<sup>27</sup> Vgl. etwa André Leisewitz, Die Klassen- und Sozialstruktur der Bundesrepublik; Frank Deppe/Heinz Jung, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik; Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Geschichte und Besonderheiten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, alle in: ebenda, S. 78–121, S. 433–486, S. 487–526. Des Weiteren: Rolf Badstübner, Restaurationsapologie und Fortschrittsverteufelung. Das spannungsfeldbürgerliche Nachkriegsgeschichtsbild in der BRD, Frankfurt a. M. 1978.

<sup>28</sup> Lutz Niethammer, Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des öffentlichen Dienstes, in: VfZ 21 (1973), S. 177–191.

<sup>29</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974.

<sup>30</sup> Siehe dazu insbesondere die Abschnitte: Das europäische System, seine Linke und seine Rechte; Der erste Staat der Linken: die USA; Die erfolgreichste Linke: der Marxismus; Der Marxismus als Staat: die UdSSR, in: ebenda, S. 73–123.

deutung erhielt das Buch durch diese Konzeption. Denn sie ermöglichte es, „die Bundesrepublik und die DDR im Brennpunkt des Kalten Krieges“<sup>31</sup> mit Blick auf den ideologischen Antagonismus darzustellen und daran die Frage zu knüpfen, welche Bedeutung die „Renaissance der Linken im Westen“<sup>32</sup> seit den sechziger Jahren denn habe. In der Atmosphäre der Entspannungspolitik bildete das Buch ein eindringliches Plädoyer dafür, trotz aller Rüstungskontrollvereinbarungen und politischen Annäherungsbestrebungen den Systemgegensatz nicht zu ignorieren und die grundsätzliche Feindschaft der leninistischen Einparteien-Diktaturen gegenüber jeder offenen Gesellschaft nicht leicht zu nehmen oder gar zu übersehen. Noltes Interpretation des Kalten Krieges baute auf dem Gegensatz zwischen den Kategorien „Links“ und „Rechts“ auf und versuchte zu zeigen, daß „die Linke“ dort, wo sie sich nicht selbst als integrierender Bestandteil des pluralistischen Systems des „Westens“ begriff und nicht zum ideellen Engagement für das „Liberale System“ bereit war, zur Partei des „Ostens“ und damit notwendigerweise zum Feind des westlichen Pluralismus werden mußte. Die Befürchtung, daß „die Linke“ in der Bundesrepublik sich dies nicht eingestehen könnte, bestimmte die Argumentation. Die apodiktische Schärfe vieler Passagen war nicht zuletzt eine Folge des Gegensatzes von Ernst Nolte zu seinem Marburger Kollegen und Antipoden Wolfgang Abendroth am Fachbereich Politikwissenschaft<sup>33</sup>, der die Schuld an der Teilung Deutschlands und an der Genese des Kalten Krieges auf seiten der Westmächte und des deutschen Kapitals sah. Abendroth hatte eine wichtige intellektuelle Leitfunktion für „die Linke“ in der Bundesrepublik der sechziger und frühen siebziger Jahre. In einer eindringlichen Schrift über das Grundgesetz hatte er 1966 die restaurative Disposition des Parlamentarischen Rats herausgestrichen<sup>34</sup> und auf die verfassungsrechtliche Bestätigung des Sachverhalts hingewiesen, daß „die sozialökonomische Struktur Deutschlands, wie sie vor dem Ende des Dritten Reiches bestanden hatte, über den Zusammenbruch hinaus bewahrt bzw. wiederhergestellt“ worden sei<sup>35</sup>. Abendroth argumentierte in den Kategorien von „Kapitalismus“ und „Sozialismus“, und da der Kapitalismus Kennzeichen des „Westens“ war, ergab sich aus der Befürwortung sozialistischer Konzeptionen in den Jahren nach 1945 nun im aktuellen Kontext der sechziger Jahre die Parteinahme gegen den „Westen“ und für die Länder des sozialistischen Blocks. Im Widerstreit der Thesen von Abendroth und Nolte fand das hochgradig ideologisierte Denken in der Ära der Entspannungspolitik einen besonders pointierten Ausdruck. Der zeitgenössische politisch-ideelle Konflikt entzündete sich hier an zeitgeschichtlichen Fragen und Urteilen.

Aus der Rückschau erweisen sich die Siebziger als ein Jahrzehnt, in dem – den so-

<sup>31</sup> Ebenda, S. 371–471.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 536–551.

<sup>33</sup> Vgl. ebenda, S. 543 f.

<sup>34</sup> Wolfgang Abendroth, *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme*, Pfullingen 1966, S. 37 ff.; vgl. auch seinen Aufsatz von 1962: Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Neuwied/Berlin 1967.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 64.



zialwissenschaftlichen Trends im Fach Geschichte zum Trotz – der politikgeschichtliche Zugriff in der Zeithistorie dominierte. Die Forschungen, die mehr und mehr vom historischen Nachwuchs geleistet wurden, galten überwiegend der Außen- und Sicherheitspolitik, dem Wiedervereinigungsproblem, der Frage nach der Rolle des Militärs im demokratischen Staat sowie der Parteiengeschichte. Der Zusammenhang von Außen- und Außenwirtschaftspolitik wurde allerdings noch fast gar nicht beachtet. Überhaupt blieb die Wirtschaftsentwicklung nach der Währungsreform vorerst im Schatten, und die Frage nach der Bedeutung der wirtschaftlichen Verflechtung Westeuropas seit dem Marshallplan für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland wurde noch kaum gestellt<sup>36</sup>.

Eine deutliche Intensivierung vollzog sich auf dem Feld der Adenauer-Forschung, wodurch der Eindruck des überwiegend politikgeschichtlichen Arbeitens in jenen Jahren noch verstärkt wurde. Die Hinwendung zu Adenauer hatte verschiedene Gründe. Zum einen waren zwischen 1965 und 1968 die „Erinnerungen“ erschienen und ermöglichten erstmals ein genaueres Studium seines politischen, zumal des außenpolitischen Konzepts<sup>37</sup>. Sodann waren, zweitens, bereits die Jahre von der ‚Spiegel‘-Krise 1962 bis zu Adenauers Tod 1967 von der verbreiteten Neigung gekennzeichnet gewesen, Adenauers Regiment in den Fünfzigern kritisch zu beurteilen, worin sich nicht zuletzt der Wandel in den Wertorientierungen der westdeutschen Gesellschaft äußerte, der um 1957 herum eingesetzt hatte und zehn Jahre später zum Durchbruch kam<sup>38</sup>. In der Aufbruchstimmung seit 1967 und infolge der politischen und mentalen Öffnung nach Osten wurde das Urteil über die Nachkriegszeit und die Wiederaufbaujahre nicht selten einseitig negativ. Man achtete weniger auf die Bemühungen um die Stabilisierung des politischen Systems und der Rechtsstaatlichkeit, weniger auf den Aufbau der Wirtschaft und die Grundlegung des Wohlfahrtsstaats, auf die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, sondern jetzt stach die unterbliebene Neugestaltung der Wirtschaftsordnung ins Auge und der konservative Zuschnitt der Kanzlerdemokratie, der schroffe Antikommunismus des Kalten Krieges mit dem KPD-Verbot, meist auch der Konfessionalismus, ja Klerikalismus in Parteien, Verwaltung und Bildungswesen. Der Aufschwung der Adenauer-Forschung verdankt sich zu einem Gutteil dem Wunsch, dieser Tendenz zu undifferenzierter kritischer Wertung ein im Grundton positives, bisweilen apologetisches, aber auf jeden Fall abwägenderes Urteil über den ersten Kanzler und die Aufbaujahre der Republik entgegenzusetzen<sup>39</sup>. Drittens fielen in die siebziger Jahre drei Jubiläen – der 25. und 30. Gründungstag der Bundesrepublik sowie

<sup>36</sup> Vgl. hierzu die in Anm. 1 aufgeführten Forschungsüberblicke; sowie Lutz Niethammer, *Stufen der historischen Selbsterforschung*.

<sup>37</sup> Hans-Peter Schwarz, *Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers*, in: *Adenauer-Studien I*, hrsg. v. Rudolf Morsey/Konrad Repgen, Mainz 1971, S. 71–108.

<sup>38</sup> Repräsentativ für diesen Trend sind Rüdiger Altmann, *Das Erbe Adenauers. Eine Bilanz*, München 1963; *Die Ära Adenauer. Einsichten und Ausblicke*, Frankfurt a. M. 1964.

<sup>39</sup> Vgl. die von Rudolf Morsey und Konrad Repgen herausgegebenen *Adenauer-Studien I-III*, Mainz 1971–1974.

1976 Adenauers 100. Geburtstag. Das waren jeweils Anlässe, um in Sammelbänden den Kenntnis- und Forschungsstand über die Adenauerzeit zu resümieren<sup>40</sup>.

Als die Republik dreißig Jahre alt wurde, ließ sich bereits erkennen, daß der Gegensatz zwischen dem unfruchtbaren ideologiekritischen Ansatz einerseits und dem affirmativen Zugriff andererseits abnahm. Schwarz und Weiß begannen sich zu mischen, und das noble Grau der wissenschaftlichen Nuancierung breitete sich allmählich aus<sup>41</sup>. Darin deutete sich an, daß im Schatten dieses Gegensatzes eine rege Einzelforschung in Gang gekommen war.

## II.

Versucht man, die Entwicklung des Fachs „Zeitgeschichte nach 1945“ in den achtziger Jahren mit wenigen Worten zu charakterisieren, so wird man sagen können, daß sich jetzt eine deutliche Angleichung an das wissenschaftliche Profil der „Neueren Geschichte“ vollzog und die abgesonderte, von der „Zunft“ oftmals gar nicht beachtete Existenz im Winkel zwischen den beiden Referenzdisziplinen Geschichtswissenschaft und Politologie zu Ende ging.

Der augenfällige Grund liegt natürlich im verbesserten Zugang zu den Archiven angesichts der Sperrfrist von dreißig Jahren. Die beträchtliche Anzahl von wissenschaftlichen Quelleditionen machte obendrein anschaulich, daß die „Zeitgeschichte nach 1945“ dem Stadium, wo sie noch als „Journalismus“ bespöttelt werden konnte, endgültig erwachsen war. Neuere Forschungen zu den Langzeitstrukturen der Industriegesellschaft oder zulebensgeschichtlichen Erfahrungen der Menschen vor, während und nach der NS-Zeit trugen mit dazu bei, daß die scharfe Zäsur des Jahres 1945 erheblich relativiert wurde.

Eine Tendenz in der Neueren Geschichte nachvollziehend, verstärkte sich nunmehr auch die Differenzierung in primär politikgeschichtliche bzw. auf die Außenpolitik hin orientierte Forschung, in struktur- und sozialgeschichtliche Forschung und in die alltagsgeschichtliche Forschung der „Oral History“. In dialektischer Verbindung mit diesem Prozeß entstanden seit Beginn der achtziger Jahre die ersten zusammenfassenden Darstellungen. Spätestens jetzt war die Nachkriegszeit Geschichte geworden.

Den Anfang in der Reihe von Gesamtdarstellungen machte 1981 Hans-Peter Schwarz mit dem ersten Band seines kompakten Werks über die Adenauer-Ära – der zweite folgte 1983 – im Rahmen des groß angelegten Unternehmens „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“<sup>42</sup>. 1983 und 1984 erschienen die beiden, die Darstellung von Schwarz einrahmenden Werke über die Jahre der Besetzung aus der Feder von Theodor Eschenburg,

<sup>40</sup> Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. von Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz, Stuttgart-Degerloch 1974; Nach dreißig Jahren ... Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Walter Scheel, Stuttgart 1979; Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier u. a., 2 Bde., Stuttgart 1976.

<sup>41</sup> Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, hrsg. von Heinrich-August Winkler, Göttingen 1979; Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel, hrsg. von Josef Becker, München 1979.

<sup>42</sup> Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981; ders., Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983.

Wolfgang Benz und Hermann Graml<sup>43</sup> sowie über die wichtige Zwischenphase zwischen der Ära Adenauer und der Ära der sozialliberalen Koalition von Klaus Hildebrand<sup>44</sup>. Schwarz hatte mit seinem ersten Band über die „Gründerjahre der Republik“ die Maßstäbe für das Gesamtwerk gesetzt: Aus den Archiven gearbeitet, bot er hier eine chronologisch vorgehende Erzählung des politischen Prozesses; große Aufmerksamkeit galt den Protagonisten in Bund und Ländern, Regierungen und Parlamenten, in Politik, Wirtschaft und Kultur. Wegweisend wurde das Kapitel über den „Geist der fünfziger Jahre“<sup>45</sup>, weniger deshalb, weil es ein zu schönes und positives Bild vom Geistesleben der fünfziger Jahre zeichnete<sup>46</sup>, sondern weil es methodisch in eine Richtung deutete, die die bis dahin dominierende Historiographie zur Nachkriegszeit durchweg ignorierte. Schwarz hatte mit den Studien für diesen Abschnitt sowohl die Sozialgeschichte als auch den politischen Prozeß der Nachkriegsjahre in den Blick genommen, und er kam zu dem Schluß, daß die fünfziger Jahre „eine Periode aufregender Modernisierung“<sup>47</sup> gewesen seien. Als das geschrieben wurde, befand sich die „Restaurationsthese“ noch in der Diskussion. In einem programmatischen Aufsatz von 1984 über die Fragestellungen der künftigen Sozialgeschichtsforschung zur Nachkriegsgeschichte stellte er die Begriffe „Modernisierung“ und „Restauration“ gegeneinander<sup>48</sup>. Soweit diese Fragen schon Thesen in sich schlossen, sind sie durch die seither geleistete Forschung weitgehend bestätigt worden. Schwarz, der als historisch orientierter Politologe 1966 begonnen hatte und sich zunächst der politikgeschichtlichen Erforschung der „Zeitgeschichte nach 1945“ verschrieb, leistete durch die Aufnahme von Fragestellungen, Methoden und Untersuchungsergebnissen der Sozialwissenschaften und im Mitvollzug der methodischen Reflexion in der „Neuere Geschichte und Zeitgeschichte“ einen maßgeblichen Beitrag dazu, daß sozialwissenschaftliche Forschung in der „Zeitgeschichte nach 1945“ nunmehr eine etablierte Position einnahm. Die Eigenart des Schwarz'schen Anteils an der Öffnung des Fachs ist darin zu sehen, daß er in seinen Darstellungen nicht hinter die Schwelle von 1945 zurückgriff und die alte Indifferenz zur politischen Reichsgeschichte auch gegenüber der Sozialgeschichte des Deutschen Reichs zeigte. Die Entwicklung der Bundesrepublik nahm sich, so gesehen, nur umso vorteilhafter vor dem Hintergrund der Trümmerzeit und der Zusammenbruchsgesellschaft aus, und die DDR blieb weitgehend ausgeblendet. Seine auf die Bundesrepublik zentrierte Sicht hat Schwarz zuletzt noch einmal mit Verve durch seine zweibändige, ein weiteres Mal neue Forschungsperspektiven anbietende Adenauer-Biographie unterstrichen<sup>49</sup>.

<sup>43</sup> Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart/Wiesbaden 1983.

<sup>44</sup> Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984.

<sup>45</sup> Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre*, S. 375–464.

<sup>46</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, *Bundesrepublik*, S. 208 f.

<sup>47</sup> Schwarz, *Die Ära Adenauer, Gründerjahre*, S. 382.

<sup>48</sup> Hans-Peter Schwarz, *Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer*, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 278–293.

<sup>49</sup> Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986; ders., *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991.

Im Kontrast zu dieser prononciert bundesdeutschen Geschichtsschreibung stand Christoph Kleßmanns „Deutsche Geschichte“ von 1945 bis 1955<sup>50</sup>. Er richtete sein Augenmerk auf die Besatzungszeit, die Entwicklung in den Westzonen und der Ostzone und dann in den beiden deutschen Teilstaaten. Der Schwerpunkt des Buchs, dem 1988 ein zweiter Band über die Zeit von 1955 bis 1970 folgte<sup>51</sup>, lag auf den frühen Jahren bis 1949/50, das Gewicht seiner Argumentation in der moderaten Zurückweisung der „Restaurationsthese“ durch die Darlegung der Neuansätze einerseits und der traditionellen, bisweilen unzweideutig restaurativen Aspekte andererseits. Die dezidierte Beachtung der westlichen und östlichen Seite war als Absage an das nur auf die Bundesrepublik zentrierte Geschichtsbild zu verstehen<sup>52</sup>. Adolf M. Birkes „Nation ohne Haus“ von 1989<sup>53</sup> bedurfte nicht der Abgrenzung gegen die „Schwarz“- oder „Weiß“-Positionen der siebziger Jahre und konzentrierte sich auf die Darstellung der politischen Geschichte bis 1961 unter den Bedingungen der Teilung – eine Perspektive, die bis dahin so konsequent noch von niemandem eingenommen worden war und dem Buch im Jahr der Wende besondere Aktualität verschaffte.

Am Beginn der achtziger Jahre war die Literatur über die Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1961 bereits so reichhaltig geworden, daß es sinnvoll und notwendig erschien, die Ergebnisse zusammenzufassen und damit einen Umriss der Geschichte der Adenauer-Ära zu geben, bevor als Resultat der beginnenden Quellenforschungen das Geschichtsbild, das die unmittelbar Miterlebenden gezeichnet hatten, vom Geschichtsbild der eigentlichen Historiker überlagert werden würde<sup>54</sup>. Die Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis 1969 faßte 1987 in einer pointierten Skizze Rudolf Morsey zusammen und zeichnete, darauf bezogen, den Stand der zeithistorischen Forschung nach<sup>55</sup>. Hermann Webers paralleler Band über die DDR bis 1986 folgte ein Jahr später<sup>56</sup>. Bis 1989, als die Geschichte der alten Bundesrepublik und der DDR abrupt zu Ende ging, waren die beiden ersten Dekaden, insbesondere mit Blick auf den Westen, von der Geschichtswissenschaft sortiert und aufgearbeitet worden. Daß nach wie vor gänzlich unbehandelte Partien ans Licht kommen und viele Themen einer intensiveren analytischen Durchdringung noch bedürfen, zeigt der Blick auf die Forschungsfelder in den unterschiedlichen Bereichen

- (a) der politischen Geschichte einschließlich der Außen- und Außenwirtschaftspolitik sowie der Parteien- und Institutionengeschichte, sodann
- (b) der strukturorientierten Sozialgeschichte, zuletzt
- (c) der Alltags- und Erfahrungsgeschichte.

<sup>50</sup> Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.

<sup>51</sup> Ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988.

<sup>52</sup> Ders., Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: GG 11 (1985), S. 476–494.

<sup>53</sup> Adolf M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989.

<sup>54</sup> Doering-Manteuffel, Bundesrepublik.

<sup>55</sup> Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland.

<sup>56</sup> Hermann Weber, Die DDR 1945–1986, München 1988.

In allen Fällen liegt der Schwerpunkt der Arbeit derzeit auf dem Jahrzehnt vom Ende der vierziger bis zum Ende der fünfziger Jahre.

(a) Die Interpretationen der Bonner Außenpolitik wurden um 1970 durch zwei unterschiedliche, ja gegensätzliche Sichtweisen bestimmt. Die eine, von Andreas Hillgruber, nahm die Nationsidee und das Faktum der Teilung zum roten Faden der Darstellung<sup>57</sup>. Die andere, von Waldemar Besson, fragte nach der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland<sup>58</sup>. Hillgruber zeichnete das westliche Bündnis als Allianz souveräner Nationalstaaten und versuchte das Dilemma der teilsouveränen, nicht-nationalen Bundesrepublik in dieser Allianz zu skizzieren; er sah auf das eigenstaatliche Moment in der Bonner Außenpolitik. Besson achtete mehr auf Bonns Anteil an der Bündnispolitik des westlichen Lagers auch und gerade beim Blick auf die Deutschland- und Ostpolitik; er sah auf das integrative Moment in der Bonner Außenpolitik.

Seither haben die neueren Arbeiten zu den Auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik immer stärker den Integrationsaspekt in den Vordergrund gerückt, wobei sich zwei Forschungsschwerpunkte herauskristallisierten: die Sicherheitspolitik<sup>59</sup> und die Außenwirtschaftspolitik<sup>60</sup>. Die Ergebnisse fußen auf der intensiven Auswertung immer größerer Mengen an Archivalien und sind entsprechend hochgradig differenziert. Der jüngste Versuch einer Zusammenfassung und Bündelung von Wolfram F. Hanrieder macht das nur allzu deutlich<sup>61</sup>.

Die Gemeinsamkeit der Arbeiten zu beiden Themenbereichen besteht in der starken Konzentration auf den konzeptuellen Anteil der amerikanischen Politik zwischen 1945/47 und 1958/61 an der Integration Europas, ohne daß dabei die positiven oder negativen Voreingenommenheiten aus früheren Dekaden noch eine nennenswerte

<sup>57</sup> Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945–1972. Die „Deutsche Frage“ in der Weltpolitik*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974.

<sup>58</sup> Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970.

<sup>59</sup> Vgl. *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), Bd. 1: *Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*, München/Wien 1982; Bd. 2: *Die EVG-Phase*, München 1990; *Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948–1950. Gemeinsame Probleme und gegensätzliche Nationalinteressen der Nordatlantischen Allianz*, im Auftrag des MGFA hrsg. von Norbert Wiggershaus/Roland G. Foerster, Boppard 1988; *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, im Auftrag des MGFA hrsg. von Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler, Boppard 1985; *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956*, im Auftrag des MGFA hrsg. von Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann, Boppard 1988.

<sup>60</sup> Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–51*, London 1984; Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München 1990; *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, hrsg. von Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade, München 1990; Charles S. Maier (Hrsg.), *The Marshall Plan and Germany. West German development within the framework of the European Recovery Program*, New York/Oxford 1991.

<sup>61</sup> Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, Paderborn 1991.



Rolle spielten<sup>62</sup>. Die Frage nach den Motiven der USA bringt nicht nur die bekannte Antwort des amerikanischen Interesses an Dollardominanz und ökonomischer Präponderanz. Sie erweist vielmehr, daß namentlich die Erfahrung der USA mit den nationalen Rivalitäten der autonomen europäischen Staaten in der Zwischenkriegszeit dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu dem Konzept führte, die rivalisierenden Europäer einschließlich ihrer deutschen Feinde von gestern durch materiellen Druck an einen Tisch und damit zur Kooperation zu zwingen. Die westeuropäische Integration vom Marshallplan über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bis zum NATO-Beitritt der Bundesrepublik lag zuvörderst im amerikanischen Interesse, das seinerseits – indem es sich hegemonial definierte – national orientiert war. Die Einigung Europas erwies sich als praktikabler Weg, um einen Ausgleich zwischen den europäischen „Erbfeinden“ Frankreich und Deutschland herbeizuführen und auf diese Weise die Bundesrepublik in die westliche Allianz einzubinden<sup>63</sup>. Hier traf sich das nationale und hegemoniale Interesse der USA, wie es die Administrationen von Truman und Eisenhower vertraten, mit dem nicht-nationalen, westeuropäisch-integrativen Interesse der Bundesrepublik, dem Adenauer gegen den erbitterten Widerstand der nationalen Kräfte den Durchbruch verschaffte<sup>64</sup>.

Die europäische Strategie der USA entstand nicht gezielt. Sie wuchs eher tastend, bevor sie sich im Verlauf der fünfziger Jahre zur verbindlichen Leitlinie verfestigte. Darin erwies sich der hegemoniale Aspekt als eher unreflektiertes Element, das aus innenpolitischen Reaktionen auf die Außenpolitik der Regierung erwuchs. Dessen Bedeutung darf aber nicht unterschätzt werden, weil es die Staaten in Westeuropa zum Schulteranschlag veranlaßte. Mit der Sowjetunion als Gegner „des Westens“ im Rücken und dem hegemonialen Anspruch der USA vor Augen, bot sich eine europäische Einigung auf der Grundlage der nationalen Souveränität aller Partner geradezu an. Das war das Konzept, auf dem seit 1957 die EWG fußte, nachdem 1954 das idealistische Konzept der supranationalen Föderation mit der EVG gescheitert war und der Kalte Krieg eine Lockerung des gesamtwestlichen Bündnisses wiederum nicht erlaubte. Die „funktionale Integration Westeuropas“ erwies sich „als die ideale Lösung“: In dieser Form der Integration, wie wir sie seit der EWG-Gründung kennen, wurde die nationale Souveränität der Einzelstaaten in Westeuropa verknüpft mit der kollektiven Autonomie Westeuropas gegenüber dem Allianzpartner USA – zum Zwecke der effizienteren Abwehr amerikanischer Hegemonieansprüche<sup>65</sup>. Diese Verknüpfung bestimmt das westliche Bündnis bis zur Gegenwart und folglich auch die Außenpolitik Bonns.

<sup>62</sup> Vgl. Hermann-Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955*, Opladen 1991.

<sup>63</sup> Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen 1990.

<sup>64</sup> Vgl. hierzu insbesondere: *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, hrsg. von Ludolf Herbst, München 1986; *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, hrsg. von Othmar Nikola Haberl/Lutz Nierhammer, Frankfurt a. M. 1986; Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), *Vom Marshallplan zur EWG*.

<sup>65</sup> Gunther Mai, *Osthandel und Westintegration 1947–1957. Europa, die USA und die Entstehung einer*

Solche Thesen machen plausibel, daß es schwerlich angemessen sein kann, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik gewissermaßen unilateral allein aus Bonner Perspektive zu untersuchen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik wird nur aus der Analyse ihrer Verflochtenheit in die europäischen und atlantischen Bündnisstrukturen verständlich.

Allerdings darf die primär deutsche Sicht nicht völlig vernachlässigt werden, weil dann das Problem der Teilung aus dem Blick geriete. Neuere Forschungen zur alliierten Deutschlandpolitik, die infolge der frühen Öffnung der britischen Archive in erster Linie aus englischer Perspektive dargeboten wurden und die bisher dominierende amerikanische Sicht ergänzten und relativierten, haben deutlich machen können, wie sehr bei den Siegern des Zweiten Weltkriegs das Denken in der Kategorie des autonomen nationalen Staats die Deutschlandplanung beeinflusste und eine dauerhafte Teilung der deutschen Nation nicht recht vorstellbar war<sup>66</sup>. Eben dieser Sachverhalt beeinflusste indirekt auch die in der Mitte der achtziger Jahre wieder aufgelebte Debatte um die Stalin-Noten des Jahres 1952. Den von Rolf Steininger veröffentlichten britischen und amerikanischen Dokumenten jenes Frühjahrs war zu entnehmen, daß die Westmächte fürchteten, auf das Verhandlungsangebot Stalins eingehen zu müssen, weil sie nicht glaubten, das Recht der deutschen Nation auf den einheitlichen Staat schlichtweg ignorieren zu können<sup>67</sup>. Deshalb nahmen sie Adenauers Erklärung mit Erleichterung auf, man solle erst die vertragliche Westintegration der Bundesrepublik unwiderruflich festschreiben, bevor man über die deutsche Einheit rede. Der alte Kanzler betrachtete die Bindung des westlichen Deutschland an die Demokratien des Westens als unabdingbare Voraussetzung, um die politisch instabilen, mit Demokratie und Parlamentarismus kaum vertrauten Deutschen nicht wieder sich selbst zu überlassen, wie seine Generation das in der Zwischenkriegszeit erlebt hatte. In einer methodisch fragwürdigen argumentativen Engführung wurde nun daraus der Vorwurf abgeleitet, den schon die Zeitgenossen der fünfziger Jahre erhoben hatten, daß Adenauer die Einheit Deutschlands nicht gewollt habe<sup>68</sup>. Diese Behauptung ließ sich nur dann formulieren,

---

hegemonialen Partnerschaft, in: Herbst/Bühner/Sowade (Hrsg.), Marshall-Plan, S.203–225, zit. S.225.

<sup>66</sup> Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.), *Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985; Josef Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen/Zürich 1985; Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München 1989; Anne Deighton, *The Impossible Peace. Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War*, Oxford 1990; Elisabeth Kraus, *Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen*, München 1990.

<sup>67</sup> Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Bonn 1985; Steiningers zweibändige *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente*, Frankfurt a. M. 1983, basiert im wesentlichen auf britischen Quellen und ist um das 16. Kapitel „1952: Eine Chance zur Wiedervereinigung!“ herumgruppiert. Thema der Bände ist in erster Linie die deutsche Teilung, so daß der Titel irreführend wirkt.

<sup>68</sup> Steininger, *Chance zur Wiedervereinigung?*, S. 73–91; vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die deutsche*

wenn man das gesamte Umfeld der internationalen Politik von 1947 bis 1952, der innerwestlichen Bündnisbestrebungen und der dagegenstehenden unterschiedlichen nationalen Interessen ausblendete und die Handlungsautonomie des nationalen Staats in einer Zeit unterstellte, wo es ihn in Deutschland gar nicht gab und es in den westeuropäischen Hauptstädten mit der Autonomie nicht sehr weit her war. Daß gerade 1951/52 zudem das einzige Jahr der gesamten Nachkriegszeit war, in dem die Hoffnungen der europäischen Föderalisten in Erfüllung zu gehen schienen, weil man nach der Gründung der Montan-Union gerade vor dem Abschluß des EVG- und Deutschlandvertrages stand, wurde ebenfalls nicht weiter bedacht. Wer in dieser Phase einer scheinbar erfolgreichen Föderationspolitik zwischen den westeuropäischen Nationalstaaten jetzt die Forderung erhob, daß die Regierungen, zumal die in Bonn, der nationalen Selbstbestimmung den Vorrang zu geben hätten, verlangte von ihnen, die eigene, mit viel Energie betriebene Politik der zurückliegenden Jahre einfach zu verleugnen<sup>69</sup>.

Diese Debatte erregte die Gemüter nicht deshalb, weil sie wirklich neue Erkenntnisse oder wichtige Forschungsperspektiven ermöglicht hätte, sondern weil sie in den Jahren der feuilletonistischen Diskussion über die nationale Identität der Deutschen den Kritikern des kategorischen Westkurses, der damals in Bitburg und Hambach mit problematischen Symbolen einmal mehr nachdrücklich unterstrichen wurde, zusätzliche Argumente lieferte. Auf die Zeitgeschichtsforschung hat sie nicht weiter einwirken können, weil Fragestellung und Reflexionshorizont eher einer politischen Konstellation aus der Zeit vor 1945 angemessen waren als der der frühen fünfziger Jahre.

Im Bereich der Geschichte der Verfassungsorgane, Institutionen und Parteien wurde im Verlauf der achtziger Jahre nunmehr greifbar, was sich seit 1975/79 nach der Öffnung der Archive abgezeichnet hatte: Hier intensivierte sich die geschichtswissenschaftliche Spezialforschung, wobei die Resultate sowohl als Quelleneditionen als auch als Darstellungen bemerkenswert waren. Neben den großen Editionsunternehmen des Bundesarchivs, die den Akten des Parlamentarischen Rats<sup>70</sup> sowie den Kabinettsprotokollen der Bundesregierung<sup>71</sup> gelten, sind besonders die Arbeiten herauszuheben, die innerhalb der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien oder in Anlehnung an sie geleistet wurden. Die bisher edierten Bände der Quellenreihe IV (Deutschland nach 1945) betreffen zum einen die Gesetze aus dem Jahr 1951 über die Montanmitbestimmung und über das Bundesver-

Teilung, der Kalte Krieg und die Deutschlandpolitik der Sowjetunion 1945–1952, in: GWU 38 (1987), S. 744–753.

<sup>69</sup> Vgl. Rolf Steininger, Freie, gesamtdeutsche Wahlen am 16. November 1952?, in: Jürgen Weber (Hrsg.), Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand, München 1989; S. 88–111; siehe dagegen Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers, in: Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1989, S. 16–31.

<sup>70</sup> Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, hrsg. von Kurt G. Wernicke/Hans Booms, bisher 4 Bde., Boppard 1975–1989.

<sup>71</sup> Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. von Hans Booms, bisher 6 Bde. (1949–1953), Boppard 1982–1989.

fassungsgericht, die wesentliche Bedeutung erlangten für die Stabilisierung der Bundesrepublik in der ersten Legislaturperiode und damit der Regierung Adenauer<sup>72</sup>; sie betreffen zum andern die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Neuordnung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Eisen- und Stahlindustrie, mithin einen Bestandteil der Verfassungsverfassung, durch die sich die Bundesrepublik fundamental vom Deutschen Reich unterschied<sup>73</sup>; sie gelten zum dritten der Entwicklung der Parteiendemokratie<sup>74</sup>. Dieser Schwerpunktsetzung entsprechen auch die Themen der stets überaus sorgfältig gearbeiteten Einzelstudien in der Schriftenreihe der Parlamentarismuskommission: Staat und Regierung, Rechtsetzung, Beamtentum<sup>75</sup>; Wahlrecht und Parteien<sup>76</sup>. In der Aufarbeitung der eige-

<sup>72</sup> Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, bearb. von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1984; Grundlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951, bearb. von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1984.

<sup>73</sup> Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten, eingeleitet u. bearb. von Rolf Steininger, hrsg. in Verb. m. Walter Först, Düsseldorf 1988; Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes. Eingeleitet u. bearb. von Wolfgang Hölscher, hrsg. in Verb. m. Walter Först, Düsseldorf 1988; Neubeginn bei Eisen und Stahl im Ruhrgebiet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie 1945–1948, bearb. von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1990.

<sup>74</sup> Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1985; FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949–1967: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher von 1949–1954, bearb. von Udo Wengst, 2 Halbbde., Düsseldorf 1990; Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier 1954–1960, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1991.

<sup>75</sup> Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984; ders., Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953, Düsseldorf 1988; zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch die in der Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ erschienene Studie von Ulrich Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985; Dorothee Buchhaas, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945–1952, Düsseldorf 1985; Reinhard Schiffers, Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951, Düsseldorf 1989.

<sup>76</sup> Hans-Jürgen Grabbe, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Düsseldorf 1983; Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985; Karsten Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985; hier ist auch zu verweisen auf die von der Friedrich-Naumann-Stiftung publizierte Studie von Theo Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984; Eckhard Jesse, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und



nen Geschichte ist die SPD durch die maßgebliche Gesamtdarstellung von Kurt Klotzbach und vertiefende Einzelstudien von Michael Schneider, Tilman Fichter und Beatrix Bouvier ein großes Stück weitergekommen<sup>77</sup>, während die CDU Maßstäbe gesetzt hat für die künftige Edition zentraler Parteiquellen vor allem mit der Veröffentlichung der Protokolle des Bundesparteiorgans<sup>78</sup>. Die „Rhöndorfer Ausgabe“ der Briefe und Teegespräche Konrad Adenauers hat sich sowohl für die Regierungsgeschichte als auch für die Parteigeschichte als eine zentrale Quelle erwiesen<sup>79</sup>.

Einzelforschungen zu Themen der politischen Geschichte, zu Aspekten des politischen Systems tragen mit ihrer Blickrichtung auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik ebenso wie alle Untersuchungen zu Fragen der Wirtschaft<sup>80</sup> und *political eco-*

der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1983), Düsseldorf 1985; Josef Müller, Die gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957, Düsseldorf 1990; Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaats 1945–1952, Düsseldorf 1991; als Biographie eines liberalen Politikers: Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989; auf einer strukturgeschichtlichen Fragestellung basiert die Langzeitanalyse von Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990.

<sup>77</sup> Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin/Bonn 1982; Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968), Bonn 1986; Tilman Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988; Beatrix W. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition – Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990.

<sup>78</sup> Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986; Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1990; in dieser Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ erschien auch: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. von Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989; die wichtigste Monographie zur Parteigeschichte stammt von Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.

<sup>79</sup> Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, hrsg. von Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz. Briefe 1945–1947; 1947–1949; 1949–1951; 1951–1953, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1983–1987. Teegespräche 1950–1954; 1955–1958; 1959–1961, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984–1988.

<sup>80</sup> An dieser Stelle ist zuerst zu verweisen auf die frühe Pilotstudie von Werner Abelshausen, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975; sodann ist auf einzelne Bände der landesgeschichtlichen Reihe „Düsseldorfer Schriften zur Geschichte Nordrhein-Westfalens“ zu verweisen: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, hrsg. von Dietmar Petzina/Walter Euchner, Düsseldorf 1984; Werner Plumpe, Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone, Düsseldorf 1987; Gloria Müller, Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987. Darstellung und Quellen bietet Werner Abelshausen, Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987.



nomy<sup>81</sup> ganz besonders dazu bei, die Grundlagenkenntnisse zu verfestigen, auf denen jede perspektivisch weiter konzipierte, zumal strukturgeschichtlich angelegte Darstellung notwendigerweise aufbauen muß.

(b) Die wissenschaftlich vorwärtstreibenden Thesen wurden während der achtziger Jahre auf dem Feld der Sozialgeschichte formuliert. Darin äußerte sich zunächst einmal ein gewisser Nachholbedarf oder auch Anpassungsdruck an den Forschungs- und Diskussionsprozeß in der „Neueren Geschichte und Zeitgeschichte bis 1945“, der sich in den Siebzigern angestaut hatte. Vor allem aber ging der geschichtswissenschaftliche Diskurs zu Themen des 20. Jahrhunderts in eine Richtung, aus der die Kontinuitätslinien immer deutlicher in den Blick gerieten. Die Bedeutung der Zäsur von 1945 wurde mit der Zeit fragwürdig, und je mehr dieser Prozeß voranschritt, desto mehr verwischten sich auch bis dahin unangetastete Trennlinien zwischen „Neuerer Geschichte und Zeitgeschichte“ einerseits und „Zeitgeschichte nach 1945“ andererseits. Im Verlauf der achtziger Jahre kam es zu verstärkter Kooperation zwischen Zeithistorikern, deren forschungsspezifisches Bezugsfeld entweder die Gesellschaft des Deutschen Reichs der zwanziger, dreißiger oder vierziger Jahre war oder die Gesellschaft der Westzonen und der Bundesrepublik von den späten vierziger bis zu den fünfziger oder gar sechziger Jahren. Das hatte erhebliche Rückwirkungen auf die Arbeit des Fachs. Es erwies sich immer häufiger als sinnvoll und weiterführend, die Zäsur der ominösen „Stunde Null“ zu transzendieren. Die Nachkriegsgeschichte lag inzwischen offenbar weit genug zurück, daß sich ihre Konturen hier und da als sehr ähnlich mit denen der Kriegs- und Vorkriegszeit erwiesen. Hinzu kam, daß die Veränderungen hin zur postindustriellen Gesellschaft und der damit verbundene Wertewandel, die die sechziger Jahre geprägt hatten, aus unserer Perspektive von – sagen wir – 1985 die Lebensverhältnisse am Beginn der Adenauer-Ära plötzlich seltsam fremd erscheinen ließen – Lebensverhältnisse einer früheren Welt. Damit schienen die Fünfziger in die Nähe der Dreißiger zu rücken.

Den frühesten und vielleicht wichtigsten Hinweis auf kommende Veränderungen gab der 1983 erschienene, von Werner Conze und M. Rainer Lepsius verantwortete Band „Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“<sup>82</sup>. Der Untertitel „Beiträge zum Kontinuitätsproblem“ deutete auf das Ziel, „die Schließung des historischen Horizontes“ weder mit der Gründung noch mit dem Ende des Deutschen Reiches zuzulassen<sup>83</sup>. Die einzelnen Studien waren aus Kolloquien des Heidelberger „Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte“ am Ende der siebziger Jahre hervorgegangen. Unverkennbar dominierte bei einigen Autoren die gewohnte Sicht auf die Epoche des Reichs, und eine gewisse Fremdheit beim Umgang mit der Nachkriegsgeschichte war

<sup>81</sup> Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Dietmar Petzina, Berlin 1991; Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1985.

<sup>82</sup> Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, hrsg. von Werner Conze/M. Rainer Lepsius, Stuttgart 1983.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 6.

nicht zu übersehen. Aber der Band enthielt nicht weniger als drei Studien von grundlegender Bedeutung allein für das Verständnis des Wohlfahrtsstaats in der Bundesrepublik<sup>84</sup>: Das allmähliche Verschwinden des Industriearbeiters als Proletarier einerseits und des Angestellten als Stehkragenproletarier mit deutlichem Abgrenzungsbedürfnis gegenüber dem Arbeiter andererseits, welches in den sechziger Jahren zur Herausbildung des „Arbeitnehmers“ führte, wie wir ihn kennen und wie er heute die Gesellschaft prägt, begann ansatzweise am Beginn der dreißiger Jahre. Möglich wurde es jedoch nur durch den Wirtschaftsaufschwung in den Fünfzigern mit der kontinuierlichen Erhöhung des Bruttosozialprodukts und damit des Lebensstandards sowie durch die Dynamisierung der Renten seit 1957. Das Gespenst der Altersarmut verschwand, das Ansparen des „Notgroschens“ wurde für weite Teile der Arbeitnehmer überflüssig, und dieses Geld war nun für den Konsum freigesetzt<sup>85</sup>.

Während es in allen Beiträgen dieses Bandes um die Frage nach Kontinuitätslinien vom 19. Jahrhundert bis ins 20. ging und die Sozialgeschichte der Bundesrepublik hinsichtlich Dauer und Verwandlung mit der des Reichs in Verbindung gesetzt wurde, ging es in einem weiteren wegweisenden Band direkt um die Relativierung der Zäsur von 1945: „Von Stalingrad zur Währungsreform“ zielte auf eine „Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland“<sup>86</sup>. Martin Broszat und seine beiden Mitherausgeber Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller bezeichneten in der Einleitung exakt die Sollbruchstelle zwischen „Zeitgeschichte“ und „Zeitgeschichte nach 1945“, wenn sie sagten, „daß die Gesellschaftsgeschichte der Not- und Umbruchszeit nicht synchron mit der politischen Geschichte verläuft, sondern die Zäsur des Regimewechsels übergreift“<sup>87</sup>. Auf diesen Gesichtspunkt wird noch eigens einzugehen sein. Bereits im Krieg, so die These des Bandes, seien Erosion und Mobilisierung überkommener Gesellschaftsstrukturen in Gang gekommen, und die Not- und Katastrophenperiode sei für lange Zeit den Menschen sehr lebendig in Erinnerung geblieben, weshalb sie „lebensgeschichtlich ein Kapitel mit sehr dicht beschriebenen Blättern wurde“<sup>88</sup>. Die Herauslösung aus den gewohnten Verankerungen habe nach den Jahren des Chaos, der

<sup>84</sup> Josef Mooser, Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive; Jürgen Kocka/Michael Prinz, Vom „neuen Mittelstand“ zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik; Hans Günter Hockerts, Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889–1979, alle in: ebenda, S. 143–186, S. 210–255, S. 296–323.

<sup>85</sup> Vgl. auch die Monographien von Hans Günter Hockerts, Sozialpolitische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980; Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984. Mit Nachdruck ist an dieser Stelle auch hinzuweisen auf den Band: Arbeiter im 20. Jahrhundert, hrsg. von Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991.

<sup>86</sup> Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller, München 1988. Zur Kritik an These und Konzeption des Buchs siehe Heinrich-August Winkler, Sozialer Umbruch zwischen Stalingrad und Währungsreform?, in: GG 16 (1990), S. 403–409.

<sup>87</sup> Ebenda, S. XXX.

<sup>88</sup> Ebenda, S. XXVI.

Flucht, des Ausgebombtseins bei der deutschen Bevölkerung den starken Drang nach Rückkehr zu den gewohnten Umgangsformen, Sicherheit und Ordnung erzeugt, der dann in den fünfziger Jahren dominierte und die konservative, ordentliche, traditionelle Physiognomie der Adenauer-Ära als Wiederaufbauzeit beeinflusste<sup>89</sup>.

Sind wir damit nicht wieder bei der Frage nach „Restauration“ oder „Neubeginn“ angelangt, wie wir sie aus den siebziger Jahren kennen? Ja und nein. Denn zum einen war den Vertretern der „Restaurations“-These nie bestritten worden, daß der Neuaufbau nach 1945 in vielerlei Hinsicht ein Wiederaufbau war – einschließlich der Restitution alter Eliten, z. B. in der Verwaltung und Rechtsprechung<sup>90</sup>. Aber zum anderen war es ihnen nicht gelungen, die Ursachen und Zusammenhänge des hohen Tempos beim Wiederaufbau zu benennen, das schon in den fünfziger Jahren eine weitreichende Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft mit sich brachte<sup>91</sup> und insofern über die „Restauration“ hinausführte. Diese Fragen werden nun durch empirische Untersuchungen sukzessive beantwortet<sup>92</sup>. Der materiell definierten Modernisierungsforschung hat sich eine Hamburger Arbeitsgruppe zugewandt und anhand von Analysen der Verkehrsentwicklung, Technisierung und Komfortsteigerung des Haushalts, Freizeitgestaltung sowie Veränderungen in den Medien das Spannungsfeld zwischen dem beharrlichen Festhalten der Menschen an *alten* und – nach dem Chaos der Trümmerzeit – zugleich *wiedergewonnenen* Gewohnheiten auf der einen Seite und der raschen Veränderung der materiellen Grundlagen des Lebens und Wirtschaftens auf der anderen Seite ausgeleuchtet<sup>93</sup>. Am Ende der fünfziger Jahre war der Punkt erreicht, wo sich der Wandel der Produktions- und Existenzbedingungen auch im Verhalten der Menschen erkennbar niederschlagen begann. Jetzt bedarf der Zusammenhang zwischen dem Phänomen „Modernisierung im Wiederaufbau“ und den Veränderungen des geistigen Klimas namentlich bei den Intellektuellen in Wissenschaft, Politik und Kultur der gezielten Aufarbeitung<sup>94</sup>.

<sup>89</sup> Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie, in: *Der Staat* 30 (1991), S. 1–18.

<sup>90</sup> Theodor Eschenburg, Der bürokratische Rückhalt, in: *Die zweite Republik*, hrsg. von Löwenthal/Schwarz, S. 64–94; Niethammer, Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion.

<sup>91</sup> Abelshauser, Die Langen Fünfziger Jahre; Axel Schildt/Arnold Sywottek, „Wiederaufbau“ und „Modernisierung“. Zur westdeutschen Gesellschaftsgeschichte in den fünfziger Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 6–7/89 (1989), S. 18–32.

<sup>92</sup> Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988, bes. S. 455–539; Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.

<sup>93</sup> Die Einzelstudien sowie die Referate der Abschlußtagung des Forschungsprojekts „Modernität‘ und ‚Modernisierung‘ in der Bundesrepublik der 50er Jahre“ sind noch nicht veröffentlicht. Bisher liegt vor: Axel Schildt, Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“. Studien zur sozialkulturellen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre, phil. Habil.schr. Hamburg 1991. Vgl. auch den instruktiven Zwischenbericht von Schildt/Sywottek, „Wiederaufbau“ und „Modernisierung“.

<sup>94</sup> Ein diesbezügliches Forschungsprojekt wird am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen bearbeitet.

Noch weitgehend unbelichtet blieb dagegen der konfessionelle Aspekt der gesellschaftlichen Veränderungen in den fünfziger und sechziger Jahren<sup>95</sup>. Die wegweisende Untersuchung des Soziologen Gerhard Schmidtchen<sup>96</sup> hat die Historiker bisher kaum zu intensiven Forschungen angetrieben. Im kleinen Rahmen dessen, was bisher geleistet wurde, hat aber die Katholizismusforschung einen deutlichen Vorsprung sowohl in thematischer als auch in methodischer Hinsicht<sup>97</sup> vor der Protestantismusforschung gewonnen; hier bilden – mit wenigen Ausnahmen<sup>98</sup> – die beiden Problemfelder „kirchlicher Widerstand, Verstrickung und Schuldbekennnis“ sowie „Geschichte kirchlicher Institutionen“ die Arbeitsschwerpunkte<sup>99</sup>. Daß die Kirchen nicht nur um ihrer selbst willen da sind und kirchliche Zeitgeschichte nicht nur die Amtskirche zu bedenken hat, sondern daß das spannungsreiche Wirken von Konfessionalität innerhalb der Gesellschaft – selbst in einer stark entkonfessionalisierten Gesellschaft! – einen Gutteil ihrer Bedeutung ausmacht, wird besonders auf der evangelischen Seite nur unzureichend bedacht.

(c) Neben den Anspruch der Sozialgeschichte, die Konturen der Nachkriegsgesellschaft und deren Kontinuitätslinien herauszupräparieren, traten recht bald die konkurrierenden, rivalisierenden Versuche zur alltagsgeschichtlichen Annäherung an das Kontinuitätsproblem. Die plakative Überschrift „Der verdrängte Kontinuitätsfaktor: Das Volk“<sup>100</sup> war eine Herausforderung an die traditionelle Sozialgeschichte, die auf „die Gesellschaft“, auf deren Klassen und Schichten sah und mit solchen Kategorisierungen theoretisch entworfene Raster zur Grundlage ihrer Forschungen machte. „Das Volk“ gegen „die Gesellschaft“ zu stellen hieß, das theoretisch und systematisch definierte Selbstverständnis der Sozialgeschichte, wie es seit den sechziger Jahren erarbei-

<sup>95</sup> Dies zeigen die Forschungsberichte von Ulrich von Hehl, *Der deutsche Katholizismus nach 1945 in der zeitgeschichtlichen Forschung*; sowie Clemens Vollnhals, *Kirchliche Zeitgeschichte nach 1945. Schwerpunkte, Tendenzen, Defizite*, in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart 1990, S. 146–175, S. 176–191.

<sup>96</sup> Gerhard Schmidtchen, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern/Münster 1973.

<sup>97</sup> Thomas Brehm, *SPD und Katholizismus – 1957–1966. Jahre der Annäherung*, Frankfurt a. M./Bern/New York 1989; Thomas M. Gauly, *Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976*, Bonn 1990; Thomas Großmann, *Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970*, Mainz 1991; Wolfgang Schroeder, *Der Streit um die Einheitsgewerkschaft und der Niedergang des traditionellen Sozialkatholizismus 1945–1960*, Phil. Diss. Frankfurt a. M. 1991.

<sup>98</sup> Hartmut Rudolph, *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945–1972*, 2 Bde., Göttingen 1984/85; Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989.

<sup>99</sup> Die seit 1988 von Gerhard Besier herausgegebene Zeitschrift „*Kirchliche Zeitgeschichte*“ bestätigt und verfestigt diesen Trend. Einen entgegengesetzten Anspruch erhebt die seit 1989 von Jochen-Christoph Kaiser u. a. verantwortete Reihe „*Konfession und Gesellschaft. Beiträge zur Zeitgeschichte*“.

<sup>100</sup> Lutz Niethammer (Hrsg.), „*Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.*“ *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin/Bonn 1983, S. 8.

tet worden war, zu negieren. Dementsprechend konstatierte Lutz Niethammer, der Protagonist der alltags- und erfahrungsgeschichtlichen Forschungen zur Nachkriegszeit, daß die Leitbegriffe der einschlägigen Theoriendebatten der siebziger Jahre „für die derzeitige Forschung dort, wo sie sich mit konkreten Kontinuitätsfragen beschäftigt, kaum eine Rolle“ spielten<sup>101</sup>.

Schon am Anfang der achtziger Jahre haben jedenfalls die ersten Ergebnisse der „Oral History“ im Ruhrgebiet<sup>102</sup> in die Richtung gewiesen, die seither von der sozialgeschichtlichen und auch der politikgeschichtlichen Forschung mehr und mehr bestätigt wird: Es gibt so etwas wie eine „Einheit der Epoche“ von der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende der fünfziger Jahre. Welches Gewicht den politischen Zäsuren von 1933, 1939 und 1945 in diesem erfahrungsgeschichtlichen Rahmen dann zukommt, wäre im einzelnen zu bestimmen.

Die Bereicherung des sozialhistorischen Diskurses in der „Zeitgeschichte nach 1945“ durch „Oral History“ oder Alltagsgeschichte ist ganz wesentlich in der Einbeziehung des Subjektivitätsfaktors in die historische Analyse zu sehen. Hier liegt allerdings auch das größte methodische Problem der Alltagsgeschichte, es besteht obendrein in der Handhabung des massenweisen Sammelns mündlicher Berichte von Miterlebenden aus „dem Volk“, sodann in der Analyse und der Präsentation des Ertrags. Darum kreist die Diskussion<sup>103</sup>. Daß die Empfindungen und Wahrnehmungen von Menschen in einer historischen Konstellation mittlerweile ihren festen Platz in den Arbeiten zur Gesellschaftsgeschichte gewonnen haben, daß sie die Fragestellungen beeinflussen und dann auch die „Erzähl“perspektive<sup>104</sup>, erscheint heute bereits vielfach als Selbstverständlichkeit. Allerdings ist die analytische Reichweite der Alltagsgeschichte als Erfahrungsgeschichte nicht groß, weil sie kaum über die Zeitspanne von zwei Generationen hinausgehen kann. Wird die Länge von Kontinuitätslinien deshalb womöglich vorgegeben durch die begrenzte Dimension einer wissenschaftlichen Methode? Überdies, welche Triebkräfte im Sinne von Fortschritt und Modernisierung entwickelt „das Volk“? Schließt die Konzentration auf die Erfahrungswelt „des Volks“ nicht die Analyse von langfristig wirksamen gesellschaftlichen Strukturveränderungen

<sup>101</sup> Ders., Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, in: Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955, S. 65–83, hier S. 72.

<sup>102</sup> Neben dem in Anm. 100 zitierten Bd. 1 „Die Jahre . . .“ des Forschungsprojekts „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“ erschien als Bd. 2: Lutz Niethammer (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983; sowie als Bd. 3: ders./Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin/Bonn 1985.

<sup>103</sup> Abwägend und mit ausführlichen Verweisen: Klaus Tenfelde, Schwierigkeiten mit dem Alltag, in: GG 10 (1984), S. 376–394; Alexander von Plato, Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der „mündlichen Geschichte“ in Deutschland, in: Bios 1991, H. 1, S. 97–119; Richard van Dülmen, Historische Anthropologie in der deutschen Sozialgeschichtsschreibung, in: GWU 42 (1991), S. 692–709.

<sup>104</sup> Vgl. Jürgen Kocka, Zurück zur Erzählung? Plädoyer für historische Argumentation, in: GG 10 (1984), S. 395–408.



aus? Selbst wenn man berücksichtigt, daß eine nicht unerheblich modernisierungsskeptische Grundemotion bei der Verbreitung der Alltagsgeschichte eine Rolle gespielt hat<sup>105</sup>, muß doch die Frage beantwortet werden, in welcher Weise der alltags- und erfahrungsgeschichtliche Zugriff in der Zeitgeschichte unser Wissen über die Stoßrichtung und die Antriebe struktureller Entwicklungen vertiefen kann.

Die Notwendigkeit, Kontinuitätslinien in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu beachten, ist jedenfalls durch den erfahrungsgeschichtlichen Ansatz unterstrichen worden. Das stand in direktem Bezug zum Wandel von Interpretationsstereotypen, der sich in den achtziger Jahren vollzog.

### III.

Bekannt ist Arnulf Baring's Eröffnungsfanfare in seinem Buch über die Kanzlerdemokratie: „Im Anfang war Adenauer“<sup>106</sup>. Darin wird nicht nur der schon erwähnte Einfluß des späthistoristischen Denkens auf die zeitgeschichtlichen Pionierwerke der sechziger Jahre anschaulich, sondern auch die kategorische Bedeutung, die der Zäsur von 1945 in der Wahrnehmung der Menschen jener Nachkriegsjahre zukam. Persönliche Erinnerungen spielten natürlich eine Rolle: an den 8. Mai, das Schweigen der Waffen; an den Eindruck, den die Besatzungsmächte machten; an Umorientierung und Umerziehung – und so weiter<sup>107</sup>. Wichtiger als die persönliche Erinnerung dürfte indes das allmählich gewachsene kollektive Bewußtsein von der Bedeutung des Einschnitts 1945 gewesen sein, in dem sich Illusionen mit politischen Hoffnungen und klaren pragmatischen Zielen vermischt hatten: „Stunde Null“, antifaschistische Neuordnung von Grund auf, demokratischer Wiederaufbau.

Da in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der fünfziger Jahre noch sehr viele Denk- und Verhaltensmuster von gestern fortlebten, erschien es umso notwendiger, die *Behauptung* vom Neuanfang mit allem Nachdruck zu formulieren. Der Blick nach vorn half zu verdrängen. Wir wissen, welche immense Bedeutung der Vertuschung der NS-Vergangenheit in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten zukam, ganz ungeachtet aller Gedenkreden oder der ersten Prozesse<sup>108</sup>. Es ist bekannt, daß diese kollektive Mentalität des Nicht-mehr-Hinsehens, des Ärmelaufkrepelns und des Blicks nach vorn Ausdruck einer doppelten Instabilität der bundesdeutschen Gesellschaft war und zugleich zu ihrer Stabilisierung beigetragen hat: Instabil war sie

<sup>105</sup> Tenfelde, Schwierigkeiten mit dem Alltag, S. 381.

<sup>106</sup> Baring, Außenpolitik, S. 1.

<sup>107</sup> Arnulf Baring, 8. Mai 1945, in: Bundesrepublikanisches Lesebuch. Drei Jahrzehnte geistiger Auseinandersetzung, hrsg. von Hermann Glaser, München/Wien 1978, S. 34–42.

<sup>108</sup> Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: HZ 236 (1983), S. 579–599; Peter Steinbach, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981.

wegen des verlorenen Krieges und der NS-Vergangenheit, instabil aber auch wegen der Zerteilung der Nation<sup>109</sup>.

Zu prüfen wäre, ob nicht die fraglose Überzeugung von der „Zäsur von 1945“ oben-drein eng mit der ideologischen Selbsteinschätzung der Westdeutschen in der Nachkriegszeit zusammenhing: der Selbsteinschätzung, das „bessere“ Deutschland zu verkörpern. Dann nämlich wäre im Gedanken der „Zäsur von 1945“ die Vorstellung von einer doppelten Abgrenzung enthalten, ganz im Sinne der Totalitarismusthese, mit deren Hilfe man sich durch die Distanzierung von der braunen Diktatur zugleich auch von der roten absetzte<sup>110</sup>. Mit anderen Worten: Das Interpretationsstereotyp „Zäsur von 1945“ trägt sehr wahrscheinlich ein gerüttelt Maß an Ideologie aus der Zeit des Kalten Krieges in sich.

Natürlich bildet das Jahr 1945 einen höchst wichtigen Einschnitt in der politischen und sozialen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das gilt für alle Staaten, die am 2. Weltkrieg beteiligt waren, und es gilt in besonderem Maß für Deutschland, weil damit die Geschichte des Deutschen Reichs beendet war. Aber schon für die Entstehung der Konfliktkonstellation der Nachkriegszeit gilt es – wenn man präzise sein will – nicht mehr, denn da sind die Jahre 1947/48 wichtiger<sup>111</sup>. Selbst wo man Fragestellungen der politischen Geschichte ausführt, erweist sich die Zäsur als Zeitspanne, die ihrerseits fest in bestimmte mittelfristige Entwicklungstendenzen eingebunden war. Und mit dem Blick auf die Erfahrung der Heimatvertreibung und Entwurzelung, auf die demographischen Umschichtungen in Deutschland bilden Winter und Frühjahr 1944/45 zwar den Fluchtpunkt schlimmster Erinnerungen, aber diese bleiben eingebunden in den längeren Zeitabschnitt von der Endphase des Krieges bis in die Anfangsjahre der beiden deutschen Staaten.

Insofern mag es sinnvoll sein, nach den Zeitumständen zu fragen, unter denen das Denkmuster „Zäsur von 1945“ in den Schatten geriet. Zu den wissenschaftsinternen objektiven Sachverhalten gehört das Faktum, daß die ersten größer angelegten Forschungsprojekte zur Alltagsgeschichte, „Geschichte von unten“, mit Blick auf die NS-Zeit und auf „Faschismuserfahrungen“ den entscheidenden Anstoß gaben, Kontinuitätslinien über die Schwelle von 1945 hinweg auf breiter Ebene zu erforschen<sup>112</sup>. Beide Projekte waren in den siebziger Jahren konzipiert und zum Teil auch schon durchgeführt worden. Während aber das Ruhrgebietsprojekt ausschließlich dem Konzept der

<sup>109</sup> Vgl. Hans Braun, Das Streben nach ‚Sicherheit‘ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 279–306.

<sup>110</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, Bundesrepublik, S. 124 ff.; Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976.

<sup>111</sup> Mit Nachdruck wird dies herausgearbeitet von Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Löwenthal/Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, S. 27–63.

<sup>112</sup> Das eine Projekt galt „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945“ und wurde von Martin Broszat geleitet; der Ertrag ist niedergelegt in dem 6-bändigen Werk, das von Broszat u. a. herausgegeben wurde: Bayern in der NS-Zeit, München 1977–1983. Das zweite Projekt, „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“, wurde von Lutz Niethammer verantwortet. Siehe oben Anm. 100 und 102.

„Oral History“ folgte und wesentlich dazu beitrug, daß 1984/85 ein scharfer Methodenstreit zwischen Vertretern der „Sozialgeschichte“ und der „Alltagsgeschichte“ stattfand<sup>113</sup>, war das (ältere) Bayern-Projekt methodisch konservativer, aber mittelbar folgenreicher. Denn von hier gingen die Anregungen aus, die „Sozialgeschichte des Umbruchs“ zu erforschen. Das Ergebnis war 1988 der zitierte Band „Von Stalingrad zur Währungsreform“, der den Durchbruch manifestierte<sup>114</sup>. Dessen Beiträge verbanden sozialgeschichtliche und alltagsgeschichtliche Sichtweisen, und sie marginalisierten das Interpretationsstereotyp „Zäsur nach 1945“. Das entsprach dem politischen Trend der Zeit: Seit der Mitte der achtziger Jahre befand sich die Nachkriegsordnung in der Auflösung, und damit verschwanden unwiderruflich die ideologischen Restbestände in der „Zäsur von 1945“. Der große publizistische Erfolg des Buchs dürfte auch damit zusammenhängen.

Die hier ins Auge gefaßten Forschungen wurden in einem Prozeß von gut zehn Jahren geleistet. In dieser Zeit intensivierte sich einerseits die sozialgeschichtliche Forschung zur NS-Zeit mit differenzierten, abgewogenen Ergebnissen, und andererseits gab es in der Öffentlichkeit einen Boom emotionaler Klischees als Folge des Holocaust-Films und in direktem Bezug zum innenpolitischen aufgeheizten Klima der Friedensbewegung. Gegen eine solche, ideologisch verkürzte Nutzenanwendung unserer Fachkenntnisse von der NS-Zeit richtete sich 1985 Martin Broszats Plädoyer für die „Historisierung“ des Nationalsozialismus<sup>115</sup>. Dieses Plädoyer, das wissenschaftlich gewiß wirkungsvoller war als der Historikerstreit, wirkte motivierend insbesondere für Forschungen zu den Fragen der Modernisierung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, und durch deren Ergebnisse wurden die strukturellen Kontinuitäten in der Entwicklung der deutschen Gesellschaft als Industriegesellschaft von den frühen zwanziger zu den frühen und mittleren sechziger Jahren zunehmend deutlicher faßbar<sup>116</sup>. Angesichts all dessen war es schwerlich ein Zufall, daß 1989 auf einem Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte die „Zäsuren nach 1945“ zum Thema gemacht wurden<sup>117</sup>.

Die sozialgeschichtliche Forschung des letzten Jahrzehnts hat an den Tag gebracht, daß neben der politisch wichtigen Zäsur von 1945/48 eine ebenso wichtige gesellschaftliche Zäsur in der Zeit zwischen 1957 und 1967 auszumachen ist – der Übergang

<sup>113</sup> Franz-Josef Brüggemeier/Jürgen Kocka (Hrsg.), „Geschichte von unten – Geschichte von innen“. Kontroversen um die Alltagsgeschichte, Fernuniversität Hagen 1985; Winfried Schulze, Mikrohistorie versus Makrohistorie? Anmerkungen zu einem aktuellen Thema, in: Historische Methode, hrsg. von Christian Meier/Jörn Rüsen, München 1988, S. 319–341.

<sup>114</sup> Wie Anm. 86.

<sup>115</sup> Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, zuerst in: Merkur 39 (1985), S. 373–385.

<sup>116</sup> Vgl. insbesondere die Beiträge des Bandes Nationalsozialismus und Modernisierung, hrsg. von Michael Prinz/Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991; kritisch, vor allem angesichts der Perspektive, aus der hier auf den Prozeß der „Modernisierung“ gesehen wird: Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek 1991.

<sup>117</sup> Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat, München 1990.

von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft. Damit ist eine ältere soziologische These geschichtswissenschaftlich erhärtet worden<sup>118</sup>. Die genauere Erforschung muß nunmehr erfolgen. Im Verlauf der innerwissenschaftlichen und soziokulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren sind auch die „Zeitgeschichte vor 1945“ und die „Zeitgeschichte nach 1945“ zu einer Einheit verschmolzen, und man wird zu überlegen haben, was man in der Zukunft unter „Zeitgeschichte“ verstehen will, wo ihr historischer Horizont nunmehr zu suchen ist.

#### IV.

Welches sind nun die Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach der Wende von 1989/90? Die Fragestellungen der Zeithistorie vor und nach 1945 sind bisher ganz überwiegend so konzipiert worden, daß sich eine Abfolge von der Weimarer Republik über das „Dritte Reich“ hin zur Bundesrepublik ergab. Die DDR wurde in aller Regel nicht mit einbezogen, und wenn es doch geschah, eher als Sonderentwicklung, als Abweichung vom Hauptweg der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Das galt noch nicht einmal so sehr für die politische Geschichte, weil der Blick auf die beiden Teilstaaten in Deutschland das Bewußtsein von der einen Nation eher noch schärfte, wie es sich noch jüngst in den Buchtiteln „Zwei Staaten – eine Nation“ oder „Nation ohne Haus“ niederschlug<sup>119</sup>. Es galt vielmehr vor allem für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die auf ein westliches Modell politischer und sozioökonomischer Modernisierung fixiert war und mit ihren theoretischen Prämissen die Realität der sozialistischen planwirtschaftlichen Einparteiendiktatur nicht erfaßte.

Und die DDR entwarf ja auch ihrerseits ein Geschichtsbild, das gegenüber der deutschen Vergangenheit und den deutschen Traditionen einen scharfen Schnitt zog. In der DDR konnte die Zwischenkriegszeit niemals zur „Zeitgeschichte“ gehören<sup>120</sup>. Nicht zuletzt infolge ihrer starken Anlehnung an die Sowjetunion – auch und gerade in der Geschichtswissenschaft – hatte die DDR in der deutschen Geschichte der Neuzeit ihren Platz irgendwo außerhalb, gewissermaßen auf exterritorialem Gelände.

Die westdeutschen Forschungen zum Kontinuitätsproblem haben unsere westliche Blickrichtung nur noch verstärkt, manchmal aus archivalischen Gründen verstärken müssen, weshalb viele Studien zu Themen der Weimarer Republik und des „Dritten Reichs“ eben nicht nur in geographischem, sondern oftmals auch in übertragenem Sinne nur „die Bundesrepublik“ behandeln. Man sollte das niemandem zum Vorwurf machen. Es war Ausdruck der forschungspraktischen und politischen Realitäten. Aber es hat natürlich unser Bewußtsein von uns selbst beeinflusst. Die Fragen nach den strukturellen Voraussetzungen der Modernisierung sind bisher vor dem Hintergrund der Gegebenheiten in der Bundesrepublik formuliert worden. Unsere Kenntnisse über die inneren Zusammenhänge des 20. Jahrhunderts haben sich dadurch vertieft. Aber es

<sup>118</sup> Vgl. Probleme der postindustriellen Gesellschaft, hrsg. von Lucian Kern, Köln 1976.

<sup>119</sup> Anm. 51 und 53.

<sup>120</sup> Weber, DDR, S. 106–115.

ist uns heute längst klar geworden, daß das nur Teilkenntnisse, Teil-Erkenntnisse sind, weil wir nicht genau wissen, inwieweit die DDR-Entwicklung im säkularen Prozeß der Modernisierung halbwegs parallel verlaufen ist oder vielleicht nicht. Lutz Niethammers erfahrungsgeschichtliche Forschungen in Industrieregionen der DDR<sup>121</sup>, die vor der Wende begonnen wurden und damals den Hauch des ganz Geheimnisvollen, die Aura einer Expedition in völlig unbekannte Gefilde hatten, brachten ja ans Licht, daß es deutliche Ähnlichkeiten gibt und daß dieser vermeintlich exterritoriale Bereich genuines Territorium der deutschen Geschichte ist.

Die zeitgeschichtliche Forschung in Deutschland steht vor neuen Aufgaben. Dazu gehört gewiß, die Sozialgeschichte der DDR aufzuarbeiten und zu der der Bundesrepublik in Beziehung zu setzen, denn eine Fortentwicklung von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft und den damit verbundenen Wertewandel gab es in der DDR strukturell und konzeptionell nicht, sondern allenfalls in der Form des verzerrten Nachvollzugs westdeutscher Konsum- und Verhaltensmuster. Überhaupt ist es notwendig, die innere Geschichte der DDR und die Eigenart ihres politischen Systems intensiv anhand der nunmehr verfügbaren Archivalien zu untersuchen. Es geht hier sehr stark darum, daß erst einmal das Ungleichgewicht der Kenntnisse über den westlichen und östlichen Teil Deutschlands verringert wird.

Dazu gehört ebenso, den Anstoß des neuen Förderungsschwerpunkts der Stiftung Volkswagenwerk aufgreifend, Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts vergleichend zu erforschen und auch aus dieser Perspektive die Zusammenhänge des ganzen Jahrhunderts präziser auszuleuchten<sup>122</sup>. Das wird vermutlich die „Zäsur von 1945“ noch stärker marginalisieren. Insbesondere ist die Frage nach der *Überwindung* von Diktaturen in politischer, gesellschaftlicher und mentalitätsspezifischer Hinsicht zu untersuchen, wobei sich in der Tat der Vergleich von Entwicklungen in Westeuropa nicht nur unmittelbar nach 1945, sondern bis in die siebziger Jahre hinein (Spanien, Portugal) und in Mittel- und Osteuropa seit 1989/90 anbietet.

Mit dem Blick auf die Bundesrepublik und die DDR, angesichts der gemeinsamen Geschichte vor 1945 und der gemeinsamen Gegenwart seit 1990, muß aber noch ein weiterer Aspekt ganz wesentlich dazugehören: Deutschland besaß bis 1945 keine historisch gewachsene und insofern fraglos gültige Einwurzelung in der westeuropäisch-atlantischen Tradition der selbstverantwortlichen Staatsbürgerlichkeit; auch nicht in der Tradition eines Parlamentarismus, dessen primäre Funktion – *idealiter* – in der Vermittlung zwischen dem Gemeinnutzen und den Partikularinteressen besteht. Hingegen gab es in Deutschland eine starke Tradition der Autoritätsfixierung und des Verständnisses von Staatsbürgertugend als Gehorsamspflicht<sup>123</sup>; und es gab, zumal in

<sup>121</sup> Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen*, Berlin 1991.

<sup>122</sup> Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Ein neuer zeitgeschichtlicher Förderschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk (Notiz von Edgar Wolfrum), in: VfZ 40 (1992), S. 155–158.

<sup>123</sup> Vgl. die Auswertung von Meinungsumfragen in der Skizze von Martin und Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands*, München 1979, S. 65–84.



Krisenzeiten, die Idee von der „Volksgemeinschaft“, des schlimmsten Gegensatzes zu jedem lebendigen und „modernen“ Pluralismus. Politisch verstandener Individualismus war in Deutschland kein Grundbestandteil der nationalen Eigenschaften, sondern ein Zugewinn der alten Bundesrepublik. Und in der DDR gab es nie eine Chance, daß sich so etwas entwickelte. Hier übte man sich weiter in der alten deutschen Kunst, beherrscht zu werden. So erweist sich die DDR-Gesellschaft heute in ihren politischen Verhaltensweisen und staatsbürgerlichen Mentalitäten in beträchtlichem Ausmaß als „traditionell deutsch“. Sie scheint Strukturen verhaftet geblieben zu sein, die im Westen des geteilten Landes zwar noch in den fünfziger Jahren anzutreffen waren, aber im Verlauf der sechziger doch mehr und mehr überwunden wurden. Für die Zeitgeschichtsforschung heißt das allerdings nicht nur, daß es nun darum gehen muß, mit distanzierter Neugier die Existenzform einer unfreien und deshalb in ihrer Entwicklung gehemmten Gesellschaft zu untersuchen, sondern es heißt insbesondere auch, daß der allmähliche Prozeß hier im Westen von 1945 bis in die sechziger Jahre gründlich erforscht werden muß, in dem sich die Abwendung von überlieferten Obrigkeitsvorstellungen und Autoritätsfixierungen und die Angleichung an die Gesellschaften der Nachbarländer vollzog. Auf welchem Wurzelboden wuchs die Bereitschaft zu Selbstbestimmung und politisch-gesellschaftlicher Emanzipation, und welche Schlüsse kann man daraus für die Gegenwart ziehen? Wie tief reichen denn überhaupt diese Wurzeln?

Angesichts der vor uns liegenden Probleme brauchen wir vergleichende Forschung nicht nur hinsichtlich der Diktaturen im 20. Jahrhundert, sondern vor allem auch hinsichtlich der Entstehung und Stabilisierung freier Gesellschaften.